



## Religions- und integrationspolitische Forderungen

(11.01.2017)

- 1. Unser Grundgesetz und unsere Werteordnung bestimmen die Grundregeln des gemeinsamen Lebens:** Unter Leitkultur verstehen wir die Summe der Werte und Normen unserer Kultur, um ein konfliktfreies Miteinander gewähren zu können. Wer zu uns kommt oder gekommen ist, muss sich an das Recht und Gesetze sowie die Regeln unseres Zusammenlebens halten.
- 2. Deutschland ist ein religiös tolerantes Land, geprägt durch eine christlich-jüdisch-abendländische Kultur:** In Deutschland herrscht eine klare Trennung von Kirche und Staat. Die beiden großen christlichen Kirchen sind klar strukturiert und organisiert und geben sich verbindliche Grundsätze für ihr Gemeindeleben und ihre Organisation. Ähnliches gilt für die jüdischen Gemeinden, Freikirchen und andere Religionen.  
Der Islam ist die dritte monotheistische Weltreligion. In Deutschland leben mittlerweile sehr viele Menschen mit muslimischer Prägung, Wurzeln in muslimisch geprägten Ländern oder muslimischen Glaubens. Es gibt nicht ‚den‘ Islam oder ‚die‘ Muslime. Dies erschwert die konkrete Kooperation und Interaktion erheblich. Es gibt den Versuch der unzulässigen Pauschalisierung, z.B. von Islamisten oder islamophoben Kräften.  
Die Vielfalt des Islam und der Herkunftsländer muss sich auch in der Verbands- und Gemeindefarbeit widerspiegeln. Nur so ist auch gewährleistet, dass nicht einzelne Sekten oder Sektierer es schaffen, im Namen ‚des Islam‘ zu sprechen. Hier liegt auch eine große Verantwortung bei den jeweiligen Akteuren selbst.
- 3. Es braucht eine Demokratie-, Europa-/Deutschland-kompatible Interpretation des Islam.** Toleranz hört da auf, wo unser Rechtssystem tangiert wird – die Scharia kann kein Teil der deutschen Rechtsordnung werden. Dagegen könnte ein europäischer Islam, der demokratische Strukturen berücksichtigt, selbstverständlich Teil eines modernen Deutschlands in Europa sein. Es darf keine Toleranz gegenüber Christenfeindlichkeit, Islamophobie oder Antisemitismus geben. Die Toleranz muss gegenüber jeder Weltanschauung gewährt werden, wenn sie unser Werte- und Rechtssystem respektiert.
- 4. Schule und Kindeswohl geht immer vor religiösen Regeln.** Religion ist zunächst Privatsache. Religionsmündigkeit herrscht in Deutschland ab 14 Jahren. Diskussionen um Schweinefleisch in Kitas, Ramadan für Kinder und Schüler während der Schulzeit, Kopftücher für Lehrkräfte oder



ähnliches sind abwegig. Staatliche Schulen oder Hochschulen brauchen auch keine institutionsseitig gewährleisteten Gebetsräume.

5. **Deutschland ist kein Gottesstaat - wir sind ein demokratischer Rechtsstaat.** Es darf kein Zurückweichen vor aggressiver Religiosität geben. Dies gilt nicht nur für aggressiven Islamismus. Das moderne Deutschland wirkt im Umgang mit aggressiven Forderungen z.B. von Seiten von Muslimen oft erstaunlich unsicher. Religiöse Toleranz kann aber nicht bedeuten, dass wir auf Gewohntes verzichten, das seit Jahrhunderten zu unserer Kultur gehört wie Kreuze als christliches Symbol schlechthin oder die Nichtverschleierung von Frauen. Ebenso wenig ist die Einrichtung weiterer religiöser Feiertage in Deutschland angebracht.
6. **Gleichberechtigung von Frau und Mann ist ein zentraler Wert in der deutschen Gesellschaft.** Es gibt einige religiös begründete Traditionen, die mit diesem Leitbild nicht zu vereinbaren sind. Dazu zählen z.B. Zwangsverheiratung, Vielehen, Handschuehen, Kinderehen, Vollverschleierung und Toleranz oder Ignoranz gegenüber innerfamiliärer Gewalt gegen Frauen. ‚Ehrenmorde‘ sind abscheuliche Verbrechen, die mit aller Härte des Gesetzes zu verfolgen und gesellschaftlich zu ächten sind.
7. **Sexuelle Vielfalt, insbesondere Homosexualität, ist zu akzeptieren und Ausdruck von Persönlichkeitsrechten.**
8. **Das Existenzrecht Israels gehört zu den Grundwerten der deutschen Gesellschaft.** Wer bei uns bleiben und hier leben möchte, muss dies unmissverständlich anerkennen. Die Sorgen jüdischer Gemeinden nehmen wir sehr ernst und wenden uns entschieden dagegen, dass judenfeindliches Gedankengut in Deutschland geäußert wird.
9. **Reizthema Kopftuch:** In öffentlichen Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Parlamenten sowie für die Repräsentanten der staatlichen Ordnung, Gewalt und Sicherheit, insbesondere Polizei, Armee, Justiz muss das Neutralitätsgebot gelten, d.h. insbesondere dass einschränkende, auffällige religiöse Bekleidung, wie z.B. Kopftuch oder Gesichtsschleier nicht getragen werden. In staatlichen Bildungseinrichtungen gilt dies für Lehrkörper und Schülerinnen und Schüler.
10. **Die doppelte Staatsbürgerschaft für die Kindergeneration („Wegfall der Optionspflicht“) ist ein eklatantes Integrationshemmnis.** Wir begrüßen den Beschluss des CDU-Bundesparteitages in Essen zur Wiedereinführung der Optionspflicht.



11. **Reizthema Handschlag:** Orthodoxe Auslegungen des Islam oder Judentums verbieten manchen Männern den Handschlag gegenüber Frauen. Spätestens bei Interaktionen mit staatlichen Vertretern (z.B. Polizei, Gericht, Politik, Schule) muss klar sein, dass eine Unterscheidung zwischen den Geschlechtern nicht akzeptabel ist.
  
12. **Sprache ist der Schlüssel zur Integration: Dies ist eine zentrale Herausforderung für Familien mit Migrationshintergrund.** Ein schlechter Spracherwerb und eine unzureichende Alphabetisierung sind in Deutschland die zentralen Karriere- und Integrationshindernisse. Konsequentes Deutschsprechgebot in Schulen und Vereinen sollte dabei selbstverständlich sein.
  
13. **Assimilation als Endpunkt einer letztlich wirklich erfolgreichen Integration darf nicht dämonisiert werden.** Gerade in der deutschen Geschichte gibt es hier sehr erfolgreiche Beispiele, insbesondere die Assimilation der Hugenotten oder der Polen im 19. Jahrhundert.